

Märkisches Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Insertionen werden die 7 gespaltene Zeile mit 10 Pf. berechnet.

verbunden mit dem

General-Anzeiger für Witten und Umgegend.

Abonnementpreis (incl. der Postbefreiung)

„Märkisches Gen.“: 1,80 Mark vierteljährlich, monatlich 60 Pf. Bestellungen durch die Post.

Bei Einschub auf der Post incl. Postgeld 2,20 Mk.

Abonnements-Einladung.

Zum Beginn des 1. Quartals 1892 des

Märkischen Tageblatts

mit der Unterhaltungsbeilage Märkisches Heim laden wir zum Abonnement hiermit ein.

Das Märkische Tageblatt wird auch in Zukunft sein bisheriges politisches Programm unentwogen verfolgen und seinen patriotischen, fröhlichen Standpunkt aufrecht erhalten. Dasselbe bringt über die neuesten Tagesereignisse Original-Artikel und Besprechungen, zahlreiche Besprechungen sowie wertvolle Mitteilungen aus allen Gebieten des Verkehrs, des Handels, der Gewerbe und der Landwirtschaft.

Im Feuilleton und in der Unterhaltungs-Beilage Märkisches Heim dienen spannende Romane, Miscellen und kleinere Erzählungen zur Unterhaltung unserer Leser.

Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal Mk. 1,80. Probenummern stehen zur Verfügung.

Alle Postanstalten und unsere Boten nehmen Bestellungen an.

Expedition des Märkischen Tageblatts,
Witten, Bahnhof- u. Breidenstraßenecke.

Die sozialen Kämpfe in England.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in England hat unter dem Druck des maßlosen Terrorismus der Trade-Unions allmählich eine Gestaltung angenommen, welche die Führer der sozialrevolutionären Propaganda vor eine ihnen völlig unerwartete Situation stellt. Es ist das Verdienst der Trade-Unions, wenn auch schwerlich das gewollte, den Arbeitgebern nach schweren Kämpfen und Opfern die Erkenntnis beigebracht zu haben, daß das einzige Mittel, sich und ihr gutes wirtschaftliches Recht gegen rohe Vergeßlichkeit zu behaupten, die Koalition in großen, kapitalkräftigen Interessengruppen ist. Bis vor nicht gar langer Zeit galt es als ein Hauptaxiom aller sozialrevolutionären Agitatoren, daß das Koalitionsrecht nur den Arbeitern, nicht den Arbeitgebern, praktischen Nutzen bringe, weil letztere viel zu egoistisch und konkurrenzneidisch seien, um einander mit dem Maße von Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit unter die Arme zu greifen, wie es bei den Arbeitern geschehe. Darauf ruhte die Taktik der englischen Trade-Unions, ein Gewerbe nach dem andern zum Objekt ihrer wirtschaftlichen Kriegsführung zu machen, indem man sich systematisch erst die schwächsten Firmen ausuchte, diese „unterwarf“ und dann zu den nächstkräftigen überging. Anfangs bewährte sich der Kalkül; es kam vor, daß die stärkeren Konkurrenten dem Ruin ihrer schwächeren Nebenbuhler mit einer Art Schadenfreude zusahen — bis sie die Erfahrung machten, daß ihnen daraus kein Nutzen, wohl aber der ganzen Branche empfindlicher Schaden erwuchs und zwar dadurch, daß der Absatz sich ganz oder doch nahezu ganz von dem exponierten einheimischen Industriezweig weg und ausländischen Konkurrenten zuwandte. Der Versuch mit Schiedsgerichten mißlang vollständig, da es sich regelmäßig herausstellte, daß Schiedssprüche von den Trades-Unionisten nur anerkannt wurden, wenn sie ihnen günstig lauteten. Wo nicht, so blieb der status quo bestehen, d. h. es wurde weiter gestrikt. Heute ist das Schiedsgericht in der englischen Industrie ein definitiv überwindener Standpunkt. Die so im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen bewirkten einen totalen Umschwung in den Anschauungen der englischen Arbeitgeber. Die Vereinigungen derselben zu Schutz und Trutz schufen wie Pilze aus der Erde; boycottierte oder sonstwie von dem Terrorismus der Trade-Unions bedrohte Firmen erhielten von ihren Konkurrenten am selben Orte so ausgiebige Unterstützung, daß sie nachgewiesenermaßen in solchen Zeiten der Bedrängnis oft besser dastanden, als unter normalen Verhältnissen. Die Selbsthilfe der Arbeitgeber zeigte den umstürzlerischen Nachenschaften der Sozialdemokraten den Meister.

Die entscheidende Wendung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit brachte die Frage der „blacklegs“. Indem die Arbeitgeber sich zu Champions des Menschenrechtes der freien Selbstbestimmung erklärten, und die von den Trade-Unions für vogelfrei erklärten Blacklegs nachdrücklich in Schutz nahmen, war der Versuch jener Arbeitervereinigungen, das Recht auf Arbeit zu monopolisieren, im Prinzip besiegt und die Angelegenheit trübseliglich so, daß die Erbauung neuer Kanäle weder Gegenstand einer besonderen Gesetzes- und Kreditvorlage noch eine Staatsforderung für das nächste Etatsjahr bildet. Auch von einer Novelle zu den bereits erlassenen Kanalgesetzen dürfte abgesehen werden, nachdem die Voraussetzungen, an welche die Erbauung von Kanälen geknüpft ist, neuerdings überall als gesichert anzusehen sind.

Rundschau.

So ruhig es für den Augenblick auch auf der Oberfläche des inneren politischen Lebens aussieht, der Anzeichen, daß der Sturm gar bald wieder durch die Parteien segeln wird, sind gar viele

vorhanden. Die Mehrheit, welche für die Reichsregierung die Zollreform ermöglichte, wird nicht lange zusammen halten. Dazu gährt und kiffelt es in den konservativen Partei immer heftiger. Das Bemerkenswerteste bei der parlamentarischen Konstellation in der Abstimmung über die Handelsverträge ist ja die Haltung der konservativen Partei gewesen. Genau zwei Drittel (36 gegen 18) der Abstimmenden gaben ein verneinendes Votum ab und die zahlreichen Fehlenden wird man wohl auch größtentheils zu den Gegnern rechnen müssen. Die deutsch-konservative Fraktion hat sich damit in ihrer Mehrheit in einer entscheidenden Frage in den stärksten Gegensatz zu der Regierung gestellt; sie verfolgt damit die Bahn weiter, welche die Fraktion im Abgeordnetenhaus unter Führung des Herrn von Rauchhaupt und von Seydewitz bei Ablehnung der Landgemeindeförderung eingeschlagen hatte. Die ungewöhnlich gereizten Worte, welche bei der Beratung der Handelsverträge zwischen der Regierung und den konservativen gewechselt wurden, beweisen, daß man auf beiden Seiten die politische Bedeutung dieses Zwiespalts empfindet und die Konsequenzen daraus zu ziehen gewillt ist. Auch der Rücktritt des Abg. von Helledorff, der die Partei stets in gouvemementaler Richtung zu führen bemüht war, aus dem Fraktionsvorstand ist ein Zeugnis, daß die oppositionelle, mehr agrarische und extreme Strömung in der konservativen Partei gegenwärtig überwiegt. Die Stimmung in diesen Kreisen ist, wie auch aus der Sprache ihrer Organe hervorgeht, eine überall erbitterte und feindselige. Im Reichstag ist die materielle Macht der konservativen Partei nicht allzugroß; man darf aber unter diesen Umständen auf die Entwidlung der Dinge im preussischen Abgeordnetenhaus gespannt sein, wo die Haltung der konservativen bekanntlich weit stärker ins Gewicht fällt. Auch gegen das Centrum, welchem der Vorwurf gemacht wird, andererseits politischen Handelsgeheimnissen zu Liebe die landwirtschaftlichen Interessen preisgegeben zu haben, ist die Verstimmlung bei den Konservativen nicht gering. Wenn wirklich das neue Volksgesetz deutliche Spuren der Annäherung des Centrums an die Regierung tragen sollte, so wird bei der gegenwärtigen Stimmung die Neigung der Konservativen nicht groß sein, auf diesem Gebiete des Centrums seinen Lohn auszahlen zu helfen.

* Wegen die Börse erhebt das Organ der konservativen Parteileitung neue Anklagen. Es wird gesagt: „Es ist von Interesse, die mutmaßliche Wirkung der zum 1. Februar 1892 eintretenden Ermäßigung der Getreidezölle auf die Preisbildung an der Produktionsbörse zu beobachten. Allen Anschein nach bietet die Börse Alles auf, um den Unterschied zwischen dem kommenden und dem heute geltenden Zoll zur rechten Zeit in Erscheinung treten zu lassen, damit nur ja die Wahrheit der Behauptung: Der Konjunktur zahlt die Zölle! erwiesen werde. Um also die Getreidepreise für spätere Lieferungen wichtiger erscheinen lassen zu können, beginnt man allmählich die Dezemberpreise hinaufzuschrauben.“

* Die im Juni d. J. abgehaltene Handwerker-Konferenz wird voraussichtlich noch ein kleines Nachspiel im Reichstag haben, indem einige Mitglieder derselben aus den Handwerkerkreisen selbst gegen die Richtigkeit des Protokolls öffentlich Einspruch erheben wollen. Von verschiedenen Innungsmeistern ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Darstellung der Verhandlungen jener Konferenz, wie sie dem Bundesrathe bzw. den Einzelregierungen unterbreitet worden, durch den nicht überall zutreffenden Wortlaut bezüglich des Befähigungsnachweises die allgemein ablehnende Haltung hervorgerufen haben soll. Die Baugewerks-Gemeinschaften und die Innungsverbände gedenken, demnächst eine große Versammlung zur Erörterung der Angelegenheit einzuberufen, um ihren Wünschen um Einführung des Befähigungsnachweises, insbesondere für das Baugewerbe, Ausdruck zu verleihen.

* Gegenüber den von einer Correspondenz verbreiteten Nachrichten, wonach dem Landtage in der bevorstehenden Session Kanalvorlagen gemacht werden sollen, liegt die Angelegenheit trübseliglich so, daß die Erbauung neuer Kanäle weder Gegenstand einer besonderen Gesetzes- und Kreditvorlage noch eine Staatsforderung für das nächste Etatsjahr bildet. Auch von einer Novelle zu den bereits erlassenen Kanalgesetzen dürfte abgesehen werden, nachdem die Voraussetzungen, an welche die Erbauung von Kanälen geknüpft ist, neuerdings überall als gesichert anzusehen sind.

* Die Sozialdemokratie ist im Allgemeinen so organisiert, daß die politische Leitung in Berlin, die

gewerkschaftliche Leitung in Hamburg (Centralstreikkommission) sich befindet. Die politische Leitung ist straff centralisiert, während die gewerkschaftliche bei ihren Bestrebungen auf straffe Centralisierung auf einen derartigen Widerstand gestoßen ist, daß der Gewerkschaftskongress im Frühjahr nächsten Jahres zweifellos der Tagungsort heftiger Auseinandersetzungen werden wird. Der von der Centralstreikkommission ausgearbeitete Organisationsentwurf hat fast nirgends Billigung gefunden und in zahlreichen Resolutionen ist derselbe bereits als unannehmbar geschildert worden. Selbstverständlich fürchten die kleinen lokalen Gewerkschaftsführer jeden Einfluß zu verlieren, wenn die straffe Centralisierung greift, und darum arbeiten sie mit allen Kräften dagegen; jetzt steht die Sache so, daß die Centralstreikkommission, da sie auch augenblicklich ohne Geldmittel ist, viel weniger zu bedeuten hat, als im Frühjahr dieses Jahres bei dem großen Cigarrenarbeiterstreik. Der Gewerkschaftskongress wird, wie jetzt die Verhältnisse liegen, neue Mittel dieser Kommission nicht geben, was insofern höchst entbehrlich für die gewerkschaftliche Bewegung ist, als Aktionen von längerer Hand kaum vorbereitet werden können. Die Thatsache, daß trotz Centralstreikkommission jeder Streik dieses Jahres verloren gegangen ist, hat zweifellos viel dazu beigetragen, die centralistische Bewegung stark ins Stocken zu bringen.

* Wie aus Wien berichtet wird, kündigt dort das Gerücht, daß Herr von Plener Präsident des gemeinsamen obersten Rechnungshofes werden solle, und ist es wohl darauf zurückzuführen, daß sich das weitere Gerücht, er werde von seiner politischen Wirksamkeit zurücktreten, erhält. Die Meldungen, daß der Ernennung des Grafen Kuenberg zum Minister ohne Portfeuille die Uebertragung mehrerer Sektionschefposten in den verschiedenen Ministerien an parlamentarische Persönlichkeiten folgen solle, wird vielfach als unzutreffend bezeichnet.

* Wie aus Paris berichtet wird, glaubt man dort, es werde in einem französisch-bulgarischen Konflikt zu einer Ausgleichung kommen, die Frankreich, ohne daß es eine Niederlage bekennen müßte, den Rückzug ermöglicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Dezbr. Der Kaiser hat am Donnerstag Nachmittag einen mehrstündigen Spaziergang in den Anlagen des Parks von Sanssouci unternommen. Die Feier des heiligen Weihnachtsabends in der kaiserlichen Familie begann um 4 Uhr im Neuen Palais mit einer Festtafel, zu welcher auch die erbyntlich schen-mehntgigen Herrschaften aus Berlin eingetroffen waren. Am ersten Weihnachtsfesttage waren der Kaiser und die Kaiserin zum Gottesdienste in der Garnisonkirche zu Potsdam anwesend. Nach dem Gottesdienste feierten der Kaiser und die Kaiserin nach dem Neuen Palais zurück, verwelken jedoch daselbst nur kurze Zeit und kamen alsdann gegen Mittag von der Wilhelmsstrasse nach Berlin, um sich sofort zu der Kaiserin Friedrich zu begeben. Dort folgten dieselben einer Einladung der Kaiserin Friedrich zur Weihnachtsfeier. Nach Aufhebung derselben feierten der Kaiser und die Kaiserin mit dem fahplanmäßigen Zuge Nachmittag 2 Uhr von hier nach Stralund Wilhelmsstrasse. Beim Eintreffen in Stralund waren am dortigen Bahnhofe die drei ältesten kaiserlichen Prinzen anwesend, welche sich vom Neuen Palais aus zur Begrüßung der Kaiserin Friedrich dorthin begeben hatten. Während der Abendstunden erlebte der Kaiser eine anstrengende Fahrt. Auch die Vornachmittagsstunden am zweiten Festtag brachte der Kaiser mit Erledigung von Regierungsgeschäften in seinem Arbeitszimmer zu.

Bekanntlich hat das parlamentarische Eintreten des Reichstages für die Handelsvertragsverhandlungen mehrfach zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und den dissentierenden Mitgliedern der konservativen Fraktion geführt. Nicht mit Unrecht wird man daher in der Bundesregierung, welche der Kaiser dem Reichstagsrat zu Theil werden ließ, auch eine indirekte Verurteilung des von den opponierenden Abgeordneten eingelegenen parlamentarischen Verhaltens erblicken dürfen.

Wie man der „Kreuzzeitung“ mittheilt, suchen Mitglieder der für die Erhaltung des Deutschthums im Ausland thätigen Vereine Abgeordnete der rechten Parteien des Reichstages zur Einbringung einer Anfrage zu bestimmen, durch welche die Regierung zur Unterstützung der aus Ausland ausgewanderten Deutschen veranlaßt werden soll. Da die russische Regierung in den ersten Wochen und Monaten des nächsten Jahres voraussichtlich eine Massenausweisung von Deutschen aus den westlichen Gouvernements veranlassen wird, so dürften wohl auch an maßgebender Stelle in Deutschland für diesen Fall einige Vorkehrungen zu Gunsten der Ausgewiesenen getroffen werden müssen.

Die auf Grund des Ergebnisses der amtlichen Untersuchung über die Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken schon im Jahre 1890 in Aussicht genommene Novelle zum allgemeinen Berggesetz, die mit Rücksicht auf die auch die Verhältnisse des Bergbaues berührenden Ergänzungen der Gewerbeordnung durch das Reichsgesetz vom 1. Juni d. J. seiner Zeit zurückgelegt werden mußte, ist, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, jetzt in weit gefördert, daß sie voraussichtlich dem Landtag zugehen kann.

Wie die „N. N. Ztg.“ aus sicherer Quelle vernimmt, bedarf es in unseren kolonialen Besitzungen noch vieler neuer Arbeitskräfte. So ist es ein dringendes Erfordernis, daß die weitläufigen Ländergebiete grundbuchtig feilgelegt werden, damit hinsichtlich des Grundeigentums und der grundbuchmäßigen Verhältnisse geordnete Zustände geschaffen werden. Zu diesem Ende hat die Kolonialabtheilung den Wunsch ausgesprochen, noch viele Beamte in den Kolonialdienst zu übernehmen, und zwar womöglich solche Beamten, welche mit den Bestimmungen der Grundbuchordnung v. gut vertraut sind. Es werden daher voraussichtlich in der nächsten Zeit viele Gerichtsschreibereisen, allerdings nur mit ihrem Dienst, zum Dienst in den Kolonien herangezogen werden. Nach den bisherigen Bedingungen erhält jeder solcher Beamte übernommenen Beamte jährlich 6000 Mk. bis 10.000 Mk. nebst, ferner für Ausrüstung einen Betrag von 1000 Mk. sowie Vergütung der Reise. Im allgemeinen wird daran festgehalten, daß Beamte für den Kolonialdienst unverheiratet und vollständig gesund sein müssen.

Betreffend einer Meldung der Braunschweiger Landeszeitung, wonach Graf v. Caprivi in der Fraktionsführung der Konservativen formell hätte erklären lassen, so lange er Reichskanzler sei, werde von dem Fortschritt von 3,50 Mk. nicht abgesehen werden, bemerkt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, allem Anschein nach liege eine willkürliche Variation einer im Selbstgespräch gesungenen Anekdote vor, wo die Frage über die Dauer des gegenwärtigen Reiches mit dem Hinweis auf die Verträge beizulegen worden sei.

In einer bei einem besonderen Falle erlassenen Verfügung erinnert der Kultusminister unter Bezugnahme auf schon früher getroffene Anordnungen wiederholt daran, daß bei der Ausleihung der für die Bibliothekbibliotheken von den Behörden überwiesenen oder von den Bibliotheken angeschafften Bücher die Verleiher für eine geeignete Auswahl verantwortlich sind. Anselson haben sie auf Grund einer gewissenhaften Prüfung des Inhalts der verleihten Jugendbücher für die Verleiher zu sorgen, daß den einzelnen Schülern von der Schule kein Buch in die Hände gegeben wird, das hinsichtlich des Bekennnisses Anstoß erregen oder gar verletzen könnte.

Die kommissarischen Beratungen über ein deutsches Ehegesetz sind beendet, und dürfte die betr. Vorlage in kürzester Zeit dem Bundesrathe zugehen.

Reichskanzler von Caprivi hatte bei der Beratung der neuen Handelsverträge im Reichstage bekanntlich auch einen Gesetzentwurf über die Abänderung des bestehenden Freizügigkeitsgesetzes angedeutet. In den letzten Tagen waren über den Inhalt dieser neuen Vorlage verschiedene Angaben gemacht, doch sind dieselben sammt und sonders unzutreffend. Das neue Gesetz ist noch nicht abgeschlossen.

Die Eröffnung des preussischen Landtags wird am Donnerstag, den 14. Januar 1892, im Weichen Saale des Berliner Schlosses erfolgen. Ob der Kaiser selbst die Thronrede verlesen wird, steht noch nicht fest. Da mit Ausnahme des neuen, noch in der Ausarbeitung begriffenen Volksschulgesetzes, eine wichtigere Vorlage nicht zu erwarten ist, wird möglicherweise der Reichskanzler oder Herr von Bülow die Thronrede verlesen.

Fürst Bischoff hat im Kreise seiner gesamten Familie in Friedrichsruhe ein frohes Weihnachtsfest gefeiert. Wie in allen früheren Jahren besuchte der Fürst auch diesmal seinen sämtlichen Beamten und Arbeitern. Laut einer Verfügung des preussischen Ministeriums des Innern an den Reichsanwalt Dr. W. Schmidt in Leipzig hat dasselbe den Polizeipräsidenten von Berlin angewiesen, die Statuten des Unterstufensprekurses deutscher Buchdrucker ohne Verzug dahin abzuändern, daß dem Vereinsvorstand eine fernere statutenmäßige Gewährung von Unterstufensprekuren aus der Vereinskasse an die streitenden Mitglieder zu unterlagen und die Gewerkschaften ungehindert anzuweisen seien, die Beiträge nicht streikender Mitglieder anzunehmen. — Der Streik ist übrigens thatsächlich verloren.

Die sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsschule in Berlin, die im Januar d. J. unter Mitwirkung der hervorragenden Parteiführer ins Leben gerufen wurde, droht schon jetzt wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Der Vorstand, an dessen Spitze der Stadtverordnete Bogner steht, soll der dauernden Geldverlegenheit nicht mehr Herr werden können. Er hat sich jetzt an den Magistrat gewandt mit der Bitte, der Arbeiterbildungsschule Gemeinderäume unentgeltlich zu überlassen. Ein Befehl darauf liegt noch nicht vor. Der Reichstags-Abgeordnete Liebschütz, der von Anfang an ein außerordentliches Interesse für die Schule bezeugt hat und als ihr eigentlicher Gründer zu betrachten ist, hat seinen Austritt aus dem Vorstand erklärt.

Hrn. Der Deutsche Handelsrat wird seine nächste Plenarversammlung am 15. und 16. Januar in Berlin abhalten. Auf die Tagesordnung sind außer geschäftlichen Angelegenheiten gesetzt worden: die Verwendung der Ueberflüsse aus der Verwaltung der Staatsbahnen; Bericht der Herren Dr. A. Vued und Dr. Hammer; die Veranstaltung einer Gewerbeausstellung in Berlin; Bericht der Herren Consul Anrede; die Herabsetzung der Fernspreckgebühren; Bericht der Herren Schmor; die Einführung einer einheitlichen Zeit für Deutschland; Bericht der Herren Weibert; die Gegenstände betreffend die Telegraphenanlagen und die Anlage von Elektrizitätswerken; Bericht der Herren Dr. Siemens; der Gegenstand betreffend die Geleisbahnen mit beschränkter Kraft; Bericht der Herren eventuell Herr Consul Anrede, sowie der Gründungsvorläufer einer Schutzgesellschaft für fremdländische Werbepapiere; Bericht der Herren Handels- und Gewerbeamtler zu Stuttgart.

Die Stadt Frankfurt hat jetzt, wie die „F. F. Ztg.“ mittheilt, einen neuen bedeutungsvollen Schritt auf dem Gebiete des höheren Schulwesens. Sie wird von Oftern an ihr höheres Schulwesen auf einen gemeinsamen Unterbau gründen. Zu diesem Zweck wird ein städtisches Gymnasium in der Nähe umgewandelt, das in Sexta mit dem Französischen begonnen wird, während Latein erst in Untertertia, Griechisch erst in Untersekunda eintritt. Dieser Einrichtung entsprechend wird auch die Lehrkräfte in der Oftern neu zu bildenden Sexta mit dem Französischen anfangen, den Beginn des Lateinischen nach Untertertia, den Anfang des Englischen nach Untersekunda verlegen.

in 1993

